

Die „Volkstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg
Für den Inseratenteil:
Karl Rankau, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von L. Arnoldt,
Magdeburg
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volkstimme

Abonnementpreise:
Einzelhefte 10 Pf.
Monatshefte 30 Pf.
Trimesterhefte 90 Pf.
Halbjahrshefte 1.70 Mk.
Jahreshefte 3.20 Mk.
In der Expedition in den
Abendstunden 2-12 Uhr täglich 10 Pf.
Bei den Postämtern 2.50 Mk.
Einsende-Nummern:
Sonntags-Nummern 10 Pf.
Bezugsliste Nr. 7095
Inhaltungsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Seite.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volkstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 178.

Magdeburg, Freitag, den 2. August 1895.

6. Jahrgang.

Eine glänzende Rechtfertigung.

Die Freisinnige Zeitung schreibt: Kürzlich ist der Rassenabschluß aus dem Reichshaushalt über das Finanzjahr 1894/95 erschienen. Unsere Zeit hat ein kurzes Gedächtnis, aber vielleicht erinnert man sich doch noch hier und da, wie vor zwei Jahren Herr Miquel die deutschen Finanzminister in Frankfurt a. M. um sich versammelte, um die Reichsfinanzen von Grund aus umzugestalten. Kein Tag verging damals ohne Verlautbarung eines neuen Reichssteuervertrages. Als dann im November der Reichstag zusammentrat, debattierte der neue Schatzsekretär Graf Posadowsky als der getreue Vollstrecker der Miquelschen Pläne mit einem Bündel von Steuererlassen, durch welches dem deutschen Volk einhundert Millionen Mark neuer Steuern aufgelegt werden sollten. Der neue Reichshaushalt sah allerdings kläglich genug aus. Die Matrikularbeiträge überstiegen die Ueberweisungen des Reichs um 52 1/2 Millionen Mark. Um diesen Betrag würde das Reich Kostgänger bei den Einzelstaaten werden müssen, wenn der Reichstag nicht auf die neuen Steuern eingehen wollte. So versicherten unablässig die Herren Miquel und Graf Posadowsky. Damit statt dessen das Reich der Wohlthäter der Einzelstaaten werden könne, solle man sogleich soviel neue Steuern bewilligen, um jene Spannung zu beseitigen und den Einzelstaaten noch vierzig Millionen herauszuzahlen.

Hätte nun der Reichstag damals, wie in den Jahren 1887/90, eine Kartellmehrheit besessen, so würden die neuen Reichssteuern durchweg bewilligt worden sein. Statt dessen verstand sich die Mehrheit nur zu der bekannten Erhöhung der Stempelsteuer, welche für die elf Monate des Jahres, während deren sie in Kraft trat, nach dem jetzt vorliegenden Rassenabschluß eine Mehreinnahme von 14.678.000 Mark gebracht hat.

Schon durch die Beschlässe der Reichstagsmehrheit wurde die sogenannte Spannung, das heißt jenes Plus von Matrikularbeiträgen über die Ueberweisungen, welches nach dem Etatsentwurf 52 1/2 Millionen Mark betragen sollte, auf 30 1/2 Millionen Mark ermäßigt, noch bevor es zu der erwähnten Erhöhung der Stempelsteuer kam.

Darüber großer Jörn bei den beiden Finanzministern und bei den Kartellbrüdern. Es wurde so dargestellt, als ob die Reichstagsmehrheit unter der Führung ganz unverständiger Dilettanten mittelst allerlei Kunststücken, welche den Grundlagen jeder rationalen Finanzwirtschaft Hohn sprächen, einen papierenen Etat zurecht gemacht habe, den die Wirklichkeit alsbald von Grund aus zerstören müsse. Man erinnere sich nur, wie nach Schluß der Reichstagsession die Kartellmehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus sich gebärdete; ein sogenannter Generalbericht wurde auf Verlangen des Herrn Miquel erstattet, nur um Protest zu erheben gegen die willkürliche Finanzgebarung des Reichstages.

Nun liegt schwarz auf weiß die Rechnung vor. Und was ersehen wir daraus? Die Reichstagsmehrheit ist noch viel zu bescheiden und schlüchtern gewesen in der Nichtigstellung des Stats. Die sogenannte Spannung, das heißt das Plus der Matrikularbeiträge über die Ueberweisungen, welches der Etatsentwurf der Regierung auf 52 1/2 Millionen, die Etatsfestsetzung des Reichstags auf 30 1/2 Millionen Mark normierte, ist zusammengeschrumpft bis auf den winzigen Betrag von noch nicht ganz 3 Mill. Mk.

Noch nicht 3 Millionen Mark brauchen also die Einzelstaaten insgesamt für das Jahr 1894/95 zu den Reichslasten beizutragen. Alles übrige, die ganze Militärlast, die Kosten der Marine, der Kolonialpolitik, die Schulzinsen u. werden aus den indirekten Reichsteuern gedeckt und können gedeckt werden, weil infolge der Mehreinnahmen an den betreffenden Reichsteuern die entsprechenden Ueberweisungen daraus an die Einzelstaaten bis auf jenen minimalen Betrag die Summe der Matrikularbeiträge erreichen. Die Freisinnige Zeitung ist weiter der Ansicht, daß auch dieser Betrag hätte erspart werden können, wenn die weiteren von der Opposition beantragten Abstriche angenommen worden wären; denn der eigene Haushalt des Reichs schließt ab mit einem Ueberschuß von 7.172.233 Mark. Ihren Artikel schließt die Freisinnige Zeitung wie folgt: In anderen Staaten würden Finanzminister, die so gründlich daneben gehauen haben in ihren Anschlüssen und in ihrer Finanzgebarung, wie die Herren Miquel und Graf Posadowsky parlamentarisch ganz und gar unmöglich geworden sein. — Dem entgegen machen wir darauf aufmerksam, daß, wie selbst freisinnige Blätter früher zugegeben hatten: die Herren Finanzminister mit ihrer Statifizierung einen anderen Zweck verfolgt haben sollen: nämlich durch neue Steuern dem Reich höhere Einnahmen zu verschaffen, die schließlich Molooh Militarismus verübt haben würde. Jetzt ist dieser Plan vereitelt. Was wird folgen? —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Zur **Kriegsfeier** schrieb jüngst die Magdeburgische Zeitung, daß die sozialdemokratischen „Führer“ noch unschlüssig seien über die Art der Protestversammlungen, welche am 2. September abgehalten werden sollen. Jetzt stellt sich jedoch heraus, daß die Nationalliberalen nicht wissen, was sie wollen. Erst hieß es, die allgemeine Feier soll am 2. September erfolgen, dann schlug man den 1. September vor. Jetzt wird sogar bekannt, daß die Feier auf den 18. Januar 1896 verlegt werden sollte, da an diesem Tage die Kaiserproklamation in Versailles erfolgte. Diese Feier erscheint einem zur Veranstaltung der Erinnerungsfest in Köln gewählten Komitee zweckmäßiger — die Sedanfeier habe einen üblen Beigeschmack bekommen. Das glauben wir recht gern. —

Entenjagd und Bismarckehrung. Der gegenwärtig in Misdroh weilende Reichstagsabgeordnete Dr. Hermes richtete an den dortigen Oberförster Müller die Bitte, ihm auf dem von diesem gepachteten Viehzieger See die Ausübung der Jagd auf Enten gestatten zu wollen. Die Antwort des Oberförsters lautete wörtlich:

Euer Hochwohlgeboren
beziehe ich mich, auf den gefälligen Antrag vom 23. d. M. ergebendst zu erwidern, daß ich die Erlaubnis zur Entenjagd auf dem Viehzieger See nicht genehmigen bin zu erteilen.

Sie haben es mit verschuldet, daß der Reichstag dem Fürsten Bismarck nicht gebührend gratuliert hat. Schießen Sie Ihre Enten bei Bismarckfeinden, in Misdroh sollen Sie keine kriegen.

Mit entsprechender Hochachtung
G. Müller, kgl. Oberförster.
Dr. Hermes soll seit langer Zeit nicht so herzlich gelacht haben, wie nach Empfang dieser schnurrigen Ablehnung. —

Wähler-Vagabundentum.

Der Kampf gegen das allgemeine Wahlrecht wird fortgesetzt. Vor kurzem hat einer der Edelsten der Nation ein Schriftchen herausgegeben, das sich betitelt: Zur Reform des Reichstagswahlrechts. Der sehr gelehrte und geadelte Herr will die Auswüchse des geltenden Wahlrechts dadurch beseitigen, daß als Voraussetzung zur Ausübung des allgemeinen Wahlrechts der Unterwohnort zu gelten hat. Dadurch würde man es vor allem mit einer wenigstens annähernd festhaften Wählerschaft zu thun bekommen, und das **Wähler-Vagabundentum**, mit dem die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit und überall operiert, wäre mit einem Schlage beseitigt. Außerdem ist es eine nicht mehr zu widerlegende Beobachtung, daß die Sozialdemokratie, abgesehen von der Handvoll Führer und den paar Hundert Parteiangestellten und sonstigen Interessenten, nur mit dem **Grünejugentum** arbeitet und demselben seine größten Erfolge verdankt. Sobald der Arbeiter älter wird, Familie erhält und sich nach geordneten Verhältnissen umsieht, verläßt bei ihm das zukunftsstaatliche Ideal und er sucht sich alsdann mit der Gegenwart abzufinden. Würde man daher nur denjenigen an der Urne zulassen, der 25 Jahre alt ist und mindestens zwei Jahre hinter einander an demselben Orte gewohnt hat, so verlor die Sozialdemokratie und die ihr nach Maßgabe ihrer roten Präncipien verwandten Parteien mindestens die Hälfte ihrer besten Kerntuppen. Sodann wäre zu bestimmen, daß die Wählbarkeit ebenfalls auf solche beschränkt bliebe, die innerhalb des betreffenden Wahlkreises den Unterwohnort aus eigenem Recht geltend machen können. — Die Arbeiter, welche jetzt von dem Wahlrecht Gebrauch machen, sind dem Verfasser viel zu grün — Vagabunden finds. Diese „grünen Jungen“ und „Vagabunden“ sind aber sehr gut zu gebrauchen, sobald es gilt, das liebe deutsche Vaterland vor äußeren Feinden zu schützen; auch sind die Steuergroschen dieser „grünen Jungen“ und „Vagabunden“ nie zurückgewiesen, ja im Falle der Weigerung exekutorisch eingetrieben worden. Die Frechheit gewisser Personen übersteigt schier alle Grenzen. Wir haben Recht zu geben, daß der Ordnungssinne ihre reaktionären Gelüste nicht gelingen. —

Aus dem **Mutterhause der Mexikanerbrüder** sind am Mittwoch etwa 50 Kranke nach dem Landarmenhaus zu Trier gebracht worden. Ultramontane Blätter berichten darüber: Schon am Nachmittage vorher war den Kranken von den Brüdern gesagt worden, daß am nächsten Tage die Abreise stattfinden sollte, welche Vorkasch mehrere Kranke mit Thränen in den Augen anhörten. Am nächsten Morgen nahmen die Kranken um 5 1/4 Uhr auf dem Hofe der Anstalt Aufstellung, da um 6 Uhr der Abmarsch erfolgen sollte. Man begann eine Abschiedsszene, die gar kein Ende nehmen wollte. Eine Anzahl der Kranken brach wieder in Thränen aus. Zum Abschied erhielten alle Kranken gute Mischbrötchen und Butterbrotchen. Einige Brüder fuhren mit den Kranken bis Trier mit — (An Thränen hat es in diesem „Mutterhause“ nie gefehlt. Bei vorstehend geschilderten Abschiedsszenen waren es vielleicht doch nur Freudenthränen!) —

Für die diesjährige **Volkszählung** war der 1. Dezember bestimmt worden, man hat nun nachträglich entdeckt, daß dieser Tag auf einen Sonntag fällt, und in kirchlich gestimmten Kreisen, die gegen die Vornahme von Kirchenwahlen an einem Sonntage nichts einzuwenden haben, war gegen diese dem ersten Dezember-Sonntage drohende Entheiligung, die so wie eine Konzession an die Bestrebungen derer aussah, welche auch die politischen Wahlen auf den Sonntag verlegen wollen, energisch protestiert worden. Die Regierung hat sich bereit, diesem Protest nachzugeben, und demgemäß die Volkzählung auf den 2. Dezember anberaunt. Pfäffischer Geist hat wieder einmal gefiegt. —

Zur „Verbesserung der sozialen Zustände im Gewerbe“.

Als Staatshilfe für den Handwerkerstand schlägt in der Wochenschrift Sozialreform ein Handwerksmeister die Abkürzung der Verjährungsfrist vor. Es heißt da: „Die jetzt zu Recht bestehende zweijährige ist eine viel zu lange Verjährung, und die Gewerbe der Schuhmacher und Schneider leiden unter diesem Mißstande. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich die Verhältnisse der Menschen heut schneller verändern wie ehedem, so wird die Forderung, daß insbesondere die Handwerker, die Bedarfsartikel fertigen, schneller Bezahlung erhalten wie bisher, berechtigt erscheinen. Es ist bekannt, daß sonderbarerweise gerade Beamte, die ihren Sold meist schon im Voraus erhalten, bei kleinen Handwerkern Kredit ins Ungemessene in Anspruch nehmen. Hier kann nur Abkürzung der Verjährungsfrist helfen, denn ohne diese scheuen sich die Handwerker, ihre Forderung energisch einzutreiben, weil sie fürchten, den Kunden zu verlieren. Die Verjährungsfrist ist natürlich für die verschiedenen Gewerbe gesondert festzusetzen; für Schuhmacher und Schneider dürfte eine sechsmonatliche angemessen sein. Es leuchtet ein, daß hierdurch mit dem bisherigen unsinnigen Vorgangssystem, welches unser ganzes Geschäftsleben beherrscht, ausgeräumt wird. Die Kleingewerbetreibenden würden dadurch, daß sie schneller zu ihrem Gelde kommen, eine höhere Kreditfähigkeit erwerben.“ — Vielleicht findet auch dieser Vorschlag den Beifall derjenigen Parteigenossen, welche um jeden Preis praktische Politik treiben wollen und die Verbesserung der sozialen Zustände im Gewerbe erstreben. —

Oesterreich-Ungarn.

Die Verwerflichkeit der Todesstrafe

In Kulturstaaten wird anlässlich der Hinrichtung eines Mörders in Wien von unserem österreichischen Bruderblatt, der Wiener Arbeiterzeitung, in folgender tief empfundenen Weise dargehan: Die Todesstrafe ist heute wieder an einem Menschen vollzogen worden. Mit peinlichster Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hat eine Kommission von Beamten des christlichen Rechtsstaates den Menschen drei anderen Menschen übergeben, die ihm im Namen von Gesez und Recht den tödlichen Strick um den Hals legten. Mit der Uhr in der Hand beobachtete ein Arzt, ein Mann der Wissenschaft, der das Leben erhalten soll, die Todeszuckungen, bis er den Tod des Menschen verkünden konnte. Ein Vertreter des göttlichen Rechtes hielt eine Ansprache, worin er die Tötung des Menschen vom Standpunkt der Religion rechtfertigte. Es ist also Alles in vollster Ordnung vor sich gegangen, getreu dem Buchstaben und dem Geiste des menschlichen und göttlichen Rechtes, dem „beleidigten Gesez“ ist „Sühne“ verschafft worden. Der Mensch war ein Mörder, er hatte getötet, er hatte um geringen Gewinnes halber, er hatte getötet, weil er verrobt war, und er war verrobt, weil ihm die Mittel zur Bildung, weil ihm die Möglichkeit der Erziehung entzogen worden waren. Er war ein Auswurf der Gesellschaft, und die Gesellschaft, die ihn ausgehoben hatte, verurteilte ihn wegen der Folgen dieser Ausstoßung zum Tode. Er hatte bereut und zerknirscht um sein Leben gefleht und gejamert; er hätte die Menschheit segnet, wenn man ihn für sein Leben lang hinter Kerkermauern bei harter Arbeit und dürftigstem Lebensunterhalte unschädlich gemacht hätte. Es nützte nichts, er war dem Gesez verfallen, ihm ist sein „Recht“ geworden. Alles ist ganz gesezmäßig vor sich gegangen. Und doch entringt sich jedem menschlich Fühlenden, der den Bericht über die Tötung liest, das einzig richtige Wort, das Wort Barbarei, und die uralte Frage steigt wieder aus tiefer Seele empor: „Menschlichkeit, Mitleid, Erbarmen“ — für das nur leere, inhaltslose Worte, und wird niemals die Zeit kommen: wo sich auch die Menschheit sagen wird: „Du sollst nicht töten!“ —

Belgien.

Unser Brüsseler Parteiorgan, der Peuple, der auch die sauberen Geldgeschäfte des Königs aufgedeckt hat, veröffentlicht jetzt Enthüllungen über die bei der Congo-Erhöhung herrschende Mißwirtschaft, die uns so großes Auf-

sehen hervorzuheben, als das Blatt die Wahrheit verbirgt. Es heißt Protokolle, die in Matadi, dem Ausgangspunkte der Kongo-Eisenbahn und dem Sitze der Verwaltung, aufgenommen worden sind, wie von Eisenbahnbeamten unterzeichnete Erklärungen, die schlimme Zustände offenbaren. Die in Matadi sitzenden hohen Beamten halten wahre Orgien mit Champagner, Bordeaux- und Madeträumen, mit Biqueuren und — farbigen gekauften Weibern ab. Aus den Vorratskammern der Bahngesellschaft werden die Stoffe entwendet, um Weiber für einzelne Letter des Unternehmens zu kaufen; dem Vorsteher der Vorratskammer wurde sofortige Absetzung angedroht, wenn er irgend etwas verrät. Die Unterbeamten und Arbeiter aber haben fortwährend Mangel am notwendigsten und leiden oft Hunger. Die aus Europa gefendeten Fleisch- und Gemüsekonserven kommen in einem derartigen Zustande an, daß beträchtliche Mengen, weil verdorben, in den Kongo geworfen werden müssen. Man sieht, die richtige Kolonial- und Leistikraft!

Protest gegen das Schulgesetz.

Das belgische Volk hat am Sonntag in eindrucksvoller Weise erklärt, daß es die Annahme der Römlinge, ihr Attentat auf die Freiheit der Schule und die Gewissensfreiheit der Belgier, die Auslieferung ihrer jungen Generation an die Muder nicht dulden wird. 80 000 Menschen sind aus allen wichtigsten Städten Belgiens in Brüssel zusammengelassen, um mit Hintansetzung aller sie sonst scharf trennenden Meinungsverschiedenheiten an Regierung, Parlament und König die letzte friedliche Mahnung zu richten. Es lag eine verständliche Anspielung darin, daß die Demonstranten am Fuße des Denkmals der Kämpfer von 1830 einen Vorbeerranz niederlegten. Durch eine Revolution bekam Belgien seine Verfassung, durch einen gewalttätigen Aufstand des Volkes gegen sein „angestammtes Herrscherhaus“ kam der Vater des jetzigen Königs, Leopold der Erste, auf den belgischen Thron, trotz des schärfsten Protestes der klerikalen Partei, deren heutige Vertreter Leopold der Zweite nicht aus seinem Rat entfernen will. Der Vater des belgischen Königs hat, sowie dieser selbst die belgische Verfassung beschworen; und die Belgier haben die Oranier nicht vertrieben, um von dieser Verfassung die freihetlichen Teile abzuschneiden zu lassen. Die Coburger sind von Volkes Gnaden auf den belgischen Thron gekommen, und was Hände hauen, können Hände pflügen.

Frankreich.

Von den am 28. Juli stattgehabten 1443 Generalratswahlen sind bis jetzt 1382 Ergebnisse bekannt. Gewählt wurden 1013 Republikaner, 12 Sozialisten und 28 Konservervative. 131 Stichwahlen haben stattgefunden. Die Republikaner gewinnen 101 und verlieren 19 Sitze. Der Präsident der Republik Faure hat dem Minister des Innern, dem Wahlmacher, seinen Glückwunsch übermittelt zu dem Ergebnis der Generalratswahl, das nichts weniger sei, als die „Vernichtung der Sozialisten“. Zu solchen Hohnsprüngen verweigert sich der auf dem Präsidentenstuhle sitzende Vobertkapitalist. Er hat wahrlich keine Ursache dazu. 12 Sitze haben die Sozialisten verloren, doch stehen sie in einer Anzahl Bezirke noch in der Stichwahl, sie haben also vorläufig 12 Mandate statt 24. Der Sozialismus, nach jeder „Vernichtung“ durch die Klassenstaatshelden immer lebenskräftiger, wird den ledernen Faure so gut wie seine Vorgänger überleben.

Der Handelsminister André Lebou hat in einer Rede zu Saint-Chamond gestern angekündigt, daß er zu Ende dieses Jahres im Parlamente einen neuen Plan zur Alters-

versicherung der Arbeiter einbringen werde. — Die drei ehemaligen Administratoren der Südbahn-Gesellschaft, Felix Martin, Robin und André, welche die Anklagekammer vor das Schwurgericht verwiesen hatte, sind verhaftet worden.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

* Die Berliner Arbeiter berieten am Montag über die Stellungnahme zu einer Lohnbewegung. Ein Antrag, wonach vom Montag ab bei allen Bauunternehmern, die nicht wenigstens 55 Pfg. Stundenlohn zahlen, die Arbeit niedergelegt werden sollte, wurde abgelehnt, dagegen wurden die Vertrauensmänner ermächtigt, über jene Bauten, auf denen nur 50 Pfg. und darunter gezahlt werden, Bauiperrren zu verhängen. — Der Streik der Porzellanarbeiter in Altwasser währt unverändert fort. Der Verband der keramischen Gewerke hat sich für die Beilegung zukünftiger Streiks auf schiedsgerichtlichem Wege erklärt. Der gegenwärtige Zustand sei aber darunter nicht begriffen, weil, so giebt der Verhandlungsvorsitzende, Fabrikbesitzer Ohme-Sorgau an, die Streikenden oder deren Organisation am 22. Februar über Altwasser die Sperre verhängt und erst am 27. jenes Monats die schriftlichen Forderungen der Arbeiter überreicht hätten. Der Verband der Porzellanarbeiter wird den Ausständigen fortan nur die Hälfte der bisherigen Unterstützungsgelder gewähren, da der Stoffbestand hierzu nötig ist. Der Fehlbetrag wird durch freiwillige Unterstützungsgelder zu decken sein. Diese jedoch liefen bisher so reichlich ein, daß der Streik voraussichtlich im vollen Umfange fortgesetzt werden können wird. — Die Berliner Rauscher und Berufsangehörigen berieten in einer am Sonntag stattgehabten Versammlung über die Mißstände im Fuhrgewerbe. Insbesondere wurde über die lange Arbeitszeit — 16 bis 18 Stunden täglich — gellagt. Dieser Umstand lasse viele von den jetzt so häufigen Fahrnfällen erklärlich erscheinen, denn ein übermüdetes Rauscher sei nicht im stande, seine Pflicht zu erfüllen. Von einer Sonntagsruhe, die doch dem Arbeiter gesetzlich gewährleistet sei, könne bei dem Rauscher in den meisten Fällen garnicht die Rede sein. Selbst Mißhandlungen sei der Rauscher auf Grund der Befehlsordnung dem Arbeitgeber gegenüber preisgegeben. — Die Berliner Möbeltransporter klagen darüber, daß sie in vielen Fällen nur 25 Pfennig Stundenlohn erhielten und deshalb auf Trinkgelder angewiesen seien. — Die Buchdruckerzeitung ist eine Hölleangst vor der Heranziehung der Lehrlinge zur Organisation zu haben. Sie fordern in ihrem Organ auf, die Verteilung des Correspondenten für Deutschlands Buchdrucker so lange zu untersagen, als keine Garantie gegeben sei, daß den Lehrlingen das Blatt nicht gegeben werde. Sie glauben sonst, die Erziehung der Lehrlinge zu „Fleiß und guten Sitten“ nicht gewährleisten zu können. Welche besorgte Bemühung um das Wohl der Lehrlinge, die wohl vom Verbanne ausgekehrt werden? Oder ist es die Furcht, daß die Ausbeutung etwas erschwert werden könnte? — Die Tarifstreitigkeit in der Holzdruckerei von Schend in Berlin hat durch den Spruch des Schiedsgerichts für den Herrn Schend wenigstens seinen Abschluß gefunden, anders sieht es mit dem tarifstreuen Personal aus, dessen Pläze durch den Junungsarbeitsnachweis mit anderen „Kräften“ besetzt wurde.

Aufforderung an die Tabakarbeiter.

Bekanntlich hat das internationale Komitee neben den sozialdemokratischen Parteivereinigungen auch die Gewerk-

schaftsorganisationen eingeladen, zu dem im Jahre 1896 etwa im August zu London stattfindenden Kongresse Delegationen zu entsenden. Da aus verschiedenen Rücksichten eine direkte Besichtigung durch die Organisation nicht möglich ist, so fordere ich hierdurch die Tabakarbeiter Deutschlands auf, schon jetzt zu dieser Frage Stellung zu nehmen, damit die Tabakarbeiter entsprechend vertreten sind. Wenn in denjenigen Orten Deutschlands, wo die Tabakindustrie besonders stark vertreten ist, in öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlungen ein Komitee ernannt wird, das sich mit den Kollegen der umliegenden Ortschaften zu diesem Zwecke in Verbindung setzen mag, so wird es ein leichtes sein, die immerhin wesentlichen Kosten zur Besichtigung des Kongresses aufzubringen, um so mehr, da noch ein ganzes Jahr zur Agitation verwendet werden kann. Also, Kollegen, sorgt für entsprechende Besichtigung des internationalen Kongresses!

Der Vertrauensmann für Deutschland. Joh. Herm. Junge in Bremen, St. Jürgenstraße 53.

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht.) Der Dienstknecht Hermann K. aus Hannover, geboren 1876, welcher gegenwärtig wegen Straßensraubes 8 Jahre Zuchthaus verbüßt, führte am 6. April in Oberkirchen und Anfang Mai in Braunschweig Diebstähle aus, außerdem unterschlug und fälschte er in Braunschweig noch eine Quittungskarte. Wegen dieser Straftaten erhielt er zusätzlich noch 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 3 Wochen Haft. — Der Schreiber Max A. hier, geboren 1876, hatte seit Dezember 1894 Stellung bei einem Rechtsanwalt und bezog monatlich 60 Mk. Gehalt. Am 2. Juli d. Js. schlich er sich abends in das Bureau Breitenweg 165, erbrach mit einer Schere das verschlossene Pult des Bureauvorstehers und entwendete 340 Mk., die er in einigen Tagen in Restaurationen mit Damenbedienung verprasste. Der Angeklagte wurde wegen schweren Diebstahls zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Arbeiter Albert S., geboren 1860, und Jakob St., geboren 1861, zu Neuhabenleben, erregten in der Nacht zum 23. Juni d. Js. auf der Straße durch lautes Sprechen und Lachen ruhestörenden Lärm. Als ihnen der Nachtwachmann dies verbot, verhauchten sie ihn gemeinschaftlich und warfen ihn zu Boden. Der Gerichtshof erkannte unter Berücksichtigung der Vorstrafen gegen S. auf 6 Monate, gegen St. auf 3 Monate Gefängnis, ferner gegen beide Angeklagte auf je eine Woche Haft. — Der Arbeiter Hermann B. zu Sudenburg, geboren 1876, schlug am 16. Juni d. Js. abends auf der Straße ohne jede Veranlassung einem Buchbinder mit einem Knotenstock über den Rücken und in das Gesicht. Der Verletzte erhielt eine blutende Wunde unter dem rechten Auge. B. entschuldigte sich damit, er sei angetrunken gewesen. Ihn trafen wegen gefährlicher Körperverletzung 6 Monate Gefängnis. — Der Arbeiter Wilhelm C. zu Burg, geb. 1851, entwendete seinem Arbeitgeber einen Sack und einen Hammer, während die verehelichte C., Friederike geborne M., geb. 1864, in zwei Fällen, verübt im wiederholten Rückfalle, ein Fuhr und Konsummarken stahl, auch eine Quantität Kohlrüben unterschlug. Der Gerichtshof strafte den Eheemann mit einer Woche, die Ehefrau mit 6 Monaten Gefängnis. — Der Arbeiter Ewald H., ohne Domizil, geb. 1876, bettelte am 25. Juni d. J. zu Milow und Schlagenthin in Gemeinschaft mit einem Genossen. Als dieser verhaftet wurde, entwendete ihm H. sein im Walde niedergelegtes Reisbündel. Der geständige Angeklagte erhielt ein Jahr Zuchthaus, eine Woche Haft, drei Jahre Ehrverlust und

Fenilleton.

Ein Held des Geistes und des Schwertes.

Historischer Roman

aus den Zeiten des deutschen Hanjabundes von A. Otto-Ralf.

Dazu kam, daß Adriani, so gut wie der Rittmeister von Jien, durch die ganze Strömung unter den Ratsmitgliedern verstimmt und mißmutig gemacht worden war. Herr Severin mit seinem Anhang dominierte; die drei Elemente der Einwohnerschaft, Ratsgeschlechter, Gilden und Gemeinden wollten gegen einander, Verdächtigungen wurden nach allen Seiten hin ausgebreitet, oft in der gewöhnlichsten Weise. Die Verhaftung verschiedener demokratisch gesinnter Bürger, wie der Meister Deyl und Hoffe, die erfolglose Klageführung gegen Herrn Wolf Hoffmeister, den Severin mit seinem Anhang die Teilnahme an den Ausschüssen wehrte, alle diese ausregenden Vorfälle wirkten, sobald die Nähe des Feindes empfindlicher wurde, eine zunehmende Berührung und Verärgeltheit herbeizuführen. Man sollte auch der neue Stadtlieutenant, auf den man begünstigt hatte, große Hoffnungen zu setzen, ein zweideutiger Charakter, bald gar ein offenkundiger Verräter sein, und je länger seine Abwesenheit aus der Stadt dauerte, je mehr gewonnen die absichtlich ausgebreiteten Gerüchte, daß er zu den Herzoglichen übergegangen, hätten. Man sollte auch der neue Stadtlieutenant, auf den man begünstigt hatte, große Hoffnungen zu setzen, ein zweideutiger Charakter, bald gar ein offenkundiger Verräter sein, und je länger seine Abwesenheit aus der Stadt dauerte, je mehr gewonnen die absichtlich ausgebreiteten Gerüchte, daß er zu den Herzoglichen übergegangen, hätten.

Unser Kampf kämpfte die energiegelaste Natur des ersten Bürgermeisters gegen alle diese unheilvollen Einflüsse. Je mehr er sich genötigt sah, die Anklagen gegen Hoffmeister und Jüller zurückzuweisen, je mehr Verdacht wurde auf ihn selbst geworfen, und der Rathschensmann, der kürzlich noch einen sicheren Sitzpunkt zu Weien sah, begann unter den Einflüssen des Fräulein Döring sich dem Severinischen Anhang zuzuwenden, so daß der Bürgermeister sich fast in allen Städten überflüssig sehen mußte, welcher Umstand in ihm mehr und mehr den Entschluß weckte, von seinem bisher bescheidenen wie vermittelndem Posten zurückzutreten. Und dahin wurde der letzte des Severinischen Anhangs mit aller Kraft gedrängt.

Die nächste politische Folge dieser verschiedenen Ereignisse war die Errichtung eines Beh-

auschusses, der Herrn Severin mit besonderen Vollmachten ausstattete, welche auch den Stadthauptmann in gewisse Abhängigkeit von ihm brachten. Letzterer reichte darauf hin zwar wiederholt seine Entlassung ein, aber Herr Severin hatte die Klugheit, ihm fort und fort alle Verantwortlichkeit zu überlassen, die sonst doch schnell genug dem Behrauschusse zugesallen wäre, und man verwies deshalb stets auf die bedingte Kündigungsklausel. So blieb Adriani in der Oberbefehlshaberstelle, ohne die Möglichkeit, nach Wissen und Gewissen unumschränkt vorzugehen zu können.

Und Tag um Tag verdußerte sich der Horizont; einzelne unzufriedene Stimmen wurden, sobald man sie für zu laut erachtete, zum Schweigen gebracht. Herrn Hoffmeister lud man vor das Gericht des Behrauschusses, um ihn sofort einzulassen, und als er, hinreichend gewarnt, ausblieb, wurde er als Verräter und vogelfrei erklärt. Auch Jüller wurde vorgeladen, und wenn man ihn nicht gleich verurteilte, so war dies nur dem Umstande zuzuschreiben, daß Adriani erklärte, der Stadtlieutenant sei von ihm zu auswärtiger Expedition fortkommandiert und könne erst nach Vollbringung seines Auftrages ordentlich geladen werden. Die allgemeine Niederbegehrtheit, ja die panische Furcht trat aber ein, als die Nachricht verbreitet wurde, die hanseatischen Hilfstruppen seien durch Verräter Jüllers von den Herzoglichen gänzlich geschlagen worden, an Ersatz könne nicht mehr gedacht werden. Und als nun das Bombardement begann und abends sogar Feuer in die eroberte Stadt fiel, da kammerte sich schließlich alles an den Mann an, der unangesehen als der einzige würdige Verteidiger der Stadt angesehen wurde, an Herrn Severin.

Alle diese nach und nach in die Bannmeile der gehetzten Nachrichten wuchsen Jüller, der sie alle mit einem Male in Erfahrung bringen mußte, sehr nachdenklich, aber auch sehr besorgt. Besorgter sah er auch machte ihn die zähe Dauerhaftigkeit des sonst so unerschrockenen Rother, die nicht aufhörte, ihn kränkelnd anzusehen, sich länger nicht dem intrigantischen Stehlen preiszugeben und lieber ins freie Feld zurückzutreten.

Jüller aber sah nicht allein das Bedürfnis, den ihm so unpopulären Behrauschüssen des ersten Bürgermeisters und der obersten Befehlshaber zu Hilfe zu kommen, ihn befreite auch die Befürchtung über das

Schicksal seiner demokratischen Freunde, insbesondere des Herrn Hoffmeister und seiner hochherzigen Tochter Margarete.

„Hör' auf, Rother," sagte er zum Schluß, „mit mir Schredgespenstern zu behelligen. Ich muß hinein in die Stadt und Ordnung schaffen. Mein Name ist hier unwillkürlich angefallen, und ich darf nicht von Braunschweig fort, ohne der Filler zu bleiben, der ich war, als ich hier hereinkam. Es wäre ohne mich gegangen, wäre ich nicht gekommen; da ich aber gekommen, ist alles anders geworden und muß demgemäß wieder von mir geregelt werden. Jetzt laß mich hinüberfahren und mache Dir keine Gedanken, denn ich weiß, wo ich hinauskomme.“

Und so schritt der Mann im Bewußtsein seiner unabweislichen Aufgabe, nachdem ihn der Kahn hinübergeführt, durch die Straßen. Wenige Bewohner waren noch unterwegs, mancher von ihnen blieb stehen, um ihm nachzuschauen, da seine Gestalt und sein Schritt ihn halb und halb verrieten, so sehr er sich in seinen Mantel verhüllte hatte.

Bei Herrn Wolf Hoffmeisters Hause blieb er stehen. Es war das Haus, das er zuerst in Braunschweig betreten. Geheimnisvoll leuchtete es ihm im Mondenschein entgegen. Demals war er frei und unbesorgt und zuversichtlich gewesen. Jetzt erschreckte ihn der Umstand, daß das sonst immer verschlossene Haus eine halboffene Hausthür zeigte. Er trat hinein, und von der Hausflur trat er in das Zimmer, das ihn am ersten Abend beherbergt. Jede einzelne Wahrnehmung bei seiner ersten Einkehr trat ihm noch lebhaft vor die Seele. Da hatte er, dort Jan Kallas gesehnen, und in demselben Raume war er mit Herrn Hoffmeister zusammengetroffen. Wie hatte sich alles so schnell, so überraschend schnell geändert, und wie war alles so anders geworden! Herr Hoffmeister, sein Freund, die eiserne Säule, auf die er sich stützen zu können gehofft, war gestorben, und das Fräulein... das Fräulein Hoffmeister... hatte man das zu erneuter Sekundum gebracht?

Langsam stieg Jüller die Stufen hinauf nach den so geheimnisvollen Gemächern. Alles war leer, ausgestorben das Haus. Hier hatte eine Hausdurchsuchung stattgefunden, die Spuren waren noch deutlich zu sehen. Und hier hatte man wohl auch Fräulein Hoffmeister überfallen, um sie nochmals in den abscheulichen Quälerturm zu bringen. (F. f.)

Polizeihaft. — Der Kaufmann und Agent Paul H. hier, geb. 1867, vertrieb für eine Fabrik Cigarren, gab im Januar und Februar d. J. zwei fingierte Aufträge in Höhe von zusammen 1047,50 Mk. auf, brachte dann die abgeforderten Cigarren an sich und verbrauchte den durch den Verkauf erzielten Erlös. In dem einen Falle fälschte er auch die Unterschrift auf dem Avis. Der Gerichtshof erkannte zusätzlich auf 4 Monate Gefängnis. — Der Tischler Robert W. in Burg, geb. 1873, verurteilte im Jahre 1894 etwa 30 Mark, die er von den Mannschaften der 9. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 26 hier selbst für gelieferte Reservepfeifen zur Ablieferung an einen Drechslermeister in Burg einkassiert hatte. Der Gerichtshof strafte den Angeklagten mit einem Monat Gefängnis.

S. Nachen. (Meineid.) Den beiden inhaftierten Mexikanerbrüdern Heinrich und Jrenäus, die gleich nach Beendigung des Mellageprozesses wegen Meineidsverdachts in Untersuchung gezogen worden sind, ist die Anklage zugegangen. Bruder Heinrich wird sich wegen wissentlichen Meineids vor dem Schwurgericht, Bruder Jrenäus wegen fahrlässigen Falscheids vor der Strafkammer zu verantworten haben.

S. Berlin. (Hütet Euch vor Majestätsbeleidigungen, aber auch vor Denunzianten.) Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung wurde vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schneider Ferd. Kulharz, einen österreichischen Unterthanen, verhandelt. Zwei seiner Kollegen traten als Zeugen gegen ihn auf und belasteten ihn so stark, daß der Gerichtshof ihn zu einem Jahre Gefängnis verurteilte und seine sofortige Verhaftung verfügte.

S. Rehl. (Beleidigung jüdischer Soldaten.) Ein antisemitischer Redakteur wurde kürzlich vom Schöffengericht in Rehl wegen Beleidigung zu drei Wochen Haft und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. In einer im September v. J. zu Helmungen gehaltenen Agitationsrede hatte er geäußert, „die jüdischen Soldaten, welche den Krieg 1870/71 mitgemacht, hätten dies nicht aus Patriotismus getan, sondern weil sie eben mußten, übrigens hätten sie sich gedrückt, wo sie nur konnten.“ Ähnliche Äußerungen enthielten auch Briefe, welche seiner Zeit die Magdeburger Reform veröffentlichte.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 1. August 1895.

Wie auf so manchen Gebieten der Volksbildung muß Magdeburg auch in der Frage der öffentlichen Beschäftigung vor den Großstädten in wirtlichen Kulturstaaten die Segel streichen. Es war hier, in der „Großstadt“, noch nicht möglich, ein solches Institut, das von den Behörden englischer und amerikanischer Städte längst gepflegt wird, auf städtische Kosten einzurichten. Wie schön und gut könnte das Geld, welches die Stadt alljährlich für Festzüge auswirft, zu diesem einen Bildungszweck verwendet werden. Wie viele Bürger lieben es, einige Stunden in solchen Bildungsräumen zu verweilen! Dasselbe könnten Bekantungen aller politischen Richtungen, neben diesen Journale und Bücher jeder Art ausliegen zur unentgeltlichen Benutzung. Leider muß Magdeburg eine solche Beschäftigung vermissen.

Da der größte Teil der Stadtverordneten in den Sommerfrischen weilt, schreibt die Magdeburger, kann die nächste Sitzung erst am 15. August stattfinden. Recht ergebnislos!

„Das Arbeiterrecht.“ Der Gesamtausschuss unserer Zeitung legt heute ein Prospekt der H. Baalischen Buchhandlung betz das so vorzügliche Werk des früheren Rechtsanwalts Stadthagen „Das Arbeiterrecht“, bei. Wir machen unsere Leser auf diese Beilage ganz besonders aufmerksam, damit ein jeder den hohen Wert genannten Werkes erkennt. Wir haben bereits in einer früheren Nummer über dasselbe referiert.

Aus dem Verwaltungsbericht der Magdeburger Feuerwehr 1894/95. Die Hilfe der Feuerwehr wurde im letzten Etatsjahre 305 mal (gegen 252 im vorigen Jahre) in Anspruch genommen, davon bei Feuergefahr 197 (223) mal, hiervon waren in 161 (188) Fällen wirkliche Feuergefahr; bei anderer Gelegenheit 108 (29) mal, hiervon waren in 36 (35) Fällen blinder Alarm, resp. war die Gefahr nur eine scheinbare, darunter 6 (4) freiwillige Alarmierungen. Unter den Bränden waren 23 (27) Großfeuer, bei welchen mehr als eine Spritze in Tätigkeit war, 18 (19) Mittelfeuer, bei welchen nur eine Spritze bzw. ein Strahlrohr in Tätigkeit war, 120 (143) Kleinfener, welche ohne Anwendung einer Spritze gelöscht wurden. Sämtliche Feuer wurden auf den vorgegebenen Herd bzw. auf das brennende Gebände beschränkt. Am 23 (24) Tagen haben 2 Feuer, an 4 (7) Tagen 3 und an 1 (2) Tagen 4 Feuer stattgefunden.

Zur Tätigkeit der Feuerwehr. Am Mittwoch morgen gegen 4 Uhr brannte in der auf dem Grundstück Große Diebstahlerstraße 236 gelegenen Magdeburger Affinier-Anstalt eine Bretterkammer. Durch eine Groß-Feuermeldung von dem dicht daneben liegenden Melher alarmiert, rückte die gesamte Hauptwache nach dort und bereitete durch Vornahme einer Schlauchlinie bald weitere Gefahr. Der Restführer Wölschlag besetzte während der Tätigkeit der Hauptwache auf der Brandstelle das Hauptdepot. Am Mittwoch vormittag gegen 11½ Uhr wurde die Feuerwehr von der Meldefestation Ditzler-Kassio Kaiserstraße alarmiert. In der I. Etage des Hintergebäudes Kaiserstraße 43 waren die Gardinen in Brand geraten, beim Eintreffen der Feuerwehr war die weitere Gefahr beseitigt.

Das Feilbieten bestimmter Waren an den beiden diesjährigen Schützenfest-Sonntagen, am 4. und 11. August, wird in folgendem Umfange zugelassen: 1. Geboten ist das Feilbieten von Blumen, Backwaren, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Erinnerungsgeldern und ähnlichen Gegenständen, wie sie herkömmlich beim Feil der Altpäter Schützengilde auf den Rothhorn-Wiesen verkauft zu werden pflegen. 2. Die Verkäufer dürfen ihren Stand nur auf dem Schützenfestplatz oder in dem gegenüberliegenden Garten des Wirtschaftlich-Etablissements „Neu-Kamerun“ von Karl Strang (Al. Stadtmarsch Nr. 64) nehmen. 3. Die Dauer dieser besonderen Erlaubnis erstreckt sich an beiden Tagen auf die Zeit von 3 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends.

Zur Beachtung für die Besucher des Rothhornfestes. Während des Schützenfestes der Schützengilde auf den Schützengärten der Rothhornwiesen vom 4.—12. August werden die in der Schützengilde belagerten Promenadenwege durch Warnungstafeln bezeichnet und durch Leinen abgegrenzt. Zur Vermeidung von Unglücksfällen wird das Publikum gewarnt, das geperrte Gelände zu betreten, und aufgefordert, den Befehlen der aufgestellten Sicherheitsposten Folge zu geben.

Zur Nachschau empfohlen. In der Umgegend von Berlin sind die Sicherheitsorgane angewiesen, darauf zu achten, daß auch mit Fahrern nicht übermäßig schnell gefahren werde. Die Gendarmen und Polizeibeamten haben Zuwiderhandlungen zur Befragung anzuzeigen.

In der hiesigen städtischen Krautmanufaktur fanden Aufnahme: der Kaiser Karl L., der auf der Berliner Chaussee von seinem eigenen Fuhrwerk abgefahren worden war, wobei er einen Unterarm verletzt hatte, und das vierjährige Mädchen Margarete B., das in der ebenfalls Wohnung Hagefallen war, wobei es eine Verletzung am Knie erlitten hatte.

Das Volksbad benutzten in der Zeit vom 22.—28. Juli 2118 Personen (1628 männlichen und 490 weiblichen Geschlechts). 645 Handtücher sind verbraucht worden.

Erfurt. (Eitlichleits-Mitteilung.) Ein roher Barock suchte die zwölfjährige Tochter eines in Weidenbors wohnenden Handarbeiters zu verewaltigen. Nur mit größter Mühe gelang es dem laut schreienden Mädchen, den Händen des Unholts zu entkommen.

Erfurt. (Nicht gestorben.) Das Mädchen, welches in Stoversgehofen von einem Spielgehosfen so lange mit Seinen geworfen wurde, bis es bewußtlos zusammenbrach, ist noch nicht gestorben.

Gommern. (Ein roher Akt.) Am Donnerstag voriger Woche ereignete sich hier ein recht roher Akt. Kommt da auf dem neben dem Friedhof gelegenen ca. fünf Meter breiten Wege ein Radfahrer gefahren, durch und durch geschwitzt. Plötzlich traten drei „Herren“ in den Weg. Der Fahrer klingelte und klingelte, die Herren blieben stehen, einer derselben sagte dann ins Rad und der Fahrer slog kopfstärker in den schlammigen Graben, denn er arg behandelt wieder entfiel. Unter einem Brunnen reinigte er sich wieder und mußte sich von einem Gehwürte einen Anzug leihen, um nach Hause zu kommen. Diese Sache soll noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Halle. (Selbstmordversuch.) Der in der Medelstraße wohnende Geheimre Hofrat G. schnitt sich Sonntag früh in selbstmörderischer Absicht die Pulsader an, was jedoch rechtzeitig bemerkt wurde. In der Klinik wurde er dann verbunden. Er soll Sorge über seine Gelber gehabt haben.

Neugattersleben. (Ertrunken.) Der 13-jährige Sohn des Defters Eifermann aus Gärten ertrank am Dienstag im Teiche des Kuchengartens.

Pöthen. (Unglücksfall.) In der Planellfabrik Siegel u. Schüge führte Dienstag früh ein 75 Kubikmeter haltender Fächerbottich von seinem zwei Stodwerk hohen Lager herab, durchschlag das Dach des Fächerbottichgebäudes und zertrümmerte Giebel und Säulen. Zwei Arbeiter und ein Fächerbottich wurden von dem einfallenden Giebel zu Boden geschleudert, erstere nur leicht verletzt. Der Fächerbottich wurde mit eingedrückt Drusflosten aus den Trümmern hervorgezogen.

Thale. (Unfall.) In der Hermannshöhe bei Habeland wurde am Freitag eine Dame aus Leipzig ohnmächtig. Nachdem sie aus der Höhe gebracht war, verfiel sie. Die Todesursache ist unbekannt.

Werbis. (Unglücksfälle.) Durch eine Gänseherde im Dörschensfelde schante das Pferd eines dort haltenden Wagens und ging mit dem Spann durch. Es raste durch die Straßen, wobei ein Kinderwagen umgerissen und das Kind aus dem Wagen geschleudert wurde. Der Kutscher fiel vom Wagen, wurde geschleift, überfahren und schwer verletzt. Dann wurde ein dreijähriges Kind überfahren und erlitt neben anderen Verletzungen einen schweren Schädelbruch. Ein anderes Kind wurde vor dem Überfahren durch eine Frau gerettet, die aber selbst dabei verletzt wurde.

Wrotterode. (Die Opfer des Brandes.) Nachdem sich neuerdings herausgestellt hat, daß bei dem Brand in Wrotterode eine Witwe Schmidt, die man ursprünglich gerettet glaubte, ebenfalls verbrannt ist, bezieht sich der Bericht an Menschenleben bei dem Brandunglück auf fünf erwachsene Personen.

Leipzig. (Wienstauffakt.) Im Wahl für männliche Obdachlose sprachen in der Zeit vom 27. Juli 1895 151 Personen vor, von denen 148 aufgenommen und 3 zurückgewiesen wurden.

Meißen. (Beifahrer zu den Kisten für die Sedanfeier.) Ein patriotischer Prinzipal, der Besitzer einer Fabrik in Gölln bei Meißen, berief jüngst seine Arbeiter und hielt ihnen einen Vortrag über die hochwichtige Bedeutung der diesjährigen Sedanfeier. Des Rubels Kern war, daß sich die Arbeiter gemunter Fabrik anlässlich der bevorstehenden „großen patriotischen Kundgebung des deutschen Volkes“, die bei der diesjährigen Sedanfeier zum Ausdruck komme, ebenfalls beteiligen, vor allem aber eine klingende Beifahrer zur Befreiung des Kaiserpunktes leisten möchten. Unter dem Einflusse des patriotischen „Wunsches“ werden die Arbeiter schon mit der üblichen Freilichkeit ihren Obolus zu der „großen patriotischen Kundgebung“ beitragen.

Spandau. (Auszeichnungen.) In der Geschützfabrik werden Bildnisse des Kaisers aus Bronze, Kupfer und Messing gegossen, die zum Sedanfest allen denjenigen Arbeitern ausgehändigt werden sollen, welche auf eine 25jährige Beschäftigungszeit in der Fabrik zurückblicken. Diese Arbeiter sind über die bevorstehende Auszeichnung hoch erfreut. Wir gönnen ihnen das Bergnügen.

Dierfen. (Ein ergemener Patron schändete eine kranke Frau.) Hier wurde ein Arbeiter verhaftet, der an einer verheirateten schwerkranken Frau ein Eitlichleitsverbrechen verübte.

Militärische Nachrichten.

München. (Auf Menschen geschossen.) Die Frankfurter Zeitung berichtet: Das Militärbezirksgericht sprach den Soldat Huber, der in Oberlindensfeld am 23. April auf eine Patrouille schoß und einen Mann tötete, frei, verurteilte dagegen den Patrouillenführer, einen Unteroffizier, der auf die vorchriftsmäßigen dreimaligen Anrufe nicht geantwortet hatte, zu vier Monaten Gefängnis.

Schweidnitz. (Unglücksfall.) Bei einer Schießübung in Schweidnitz passierte ein Unglücksfall. Bei der 2. reitenden Batterie fürzte, wie das Schlesische Tageblatt meldet, ein Mittelreiter beim Auffahren in „March-Marsch in Feuerstellung“ mit seinem Pferde so unglücklich, daß das Pferd auf der Stelle tot war, und der Reiter noch an demselben Tage seinen Verletzungen erlag.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Anhalts, der am Sonntag in Zerbst abgehalten wurde, war aus 16 Orten sehr zahlreich besucht. Für den Fall, daß der Abgeordnete Koesfeld sein Mandat wirklich niedergelegt, stellte der Parteitag den Genossen Peus als Kandidaten für den Reichstag auf und setzte zur Leitung der Wahl-agitation ein Centrakomitee ein, das seinen Sitz in Dessau hat. Der Antrag, das „Volkblatt für Anhalt“, anstatt wöchentlich dreimal sechs mal herauszugeben, wurde abgelehnt. — **Einen Parteitag** hielten am Sonntag die Sozialdemokraten Thüringens in Erfurt ab. Er war besetzt mit 60 Delegierten, die 38 Ortschaften vertraten. Abg. Bock sollte vormittags in einer Versammlung über das Agrarprogramm reden, konnte es aber nicht, da die Versammlung verboten war. Die Gründung des Neustädter Volksblattes wurde von fast allen Seiten arg gemißbilligt. Folgende Resolution fand Annahme: „Angesichts der betrübenden Thatsache, daß auf ungerathfertigte, leichtfertige Weise neue Zeitungen gegründet werden, infolgedessen widerwärtige, das Ansehen der Partei schädigende Streitigkeiten unter den Genossen geführt werden, wie das jüngste Ereignis dieser Art wiederum zeigt, erklärt der Parteitag seine entschiedene Mißbilligung und beschließt, daß Zeitungen, welche nicht auf den Grundlagen des vorjährigen Parteitagbeschlusses ins Leben gerufen sind, als Parteiblätter nicht anzuerkennen sind.“ Der Agitations-, Preß- und Kontrollkommission, sowie der Geschäftsführung der Thüringer Tribüne wurde Entlastung erteilt. Sitz der Agitations- und Preßkommission bleibt Erfurt.

Strafungen, Verfolgungen u.

Aus dem auf dem Parteitage der Sozialdemokraten Thüringens gegebenen Bericht über die

Thüringer Tribüne ist hervorzuheben, daß im vorigen Jahre allein für Prozeßkosten 1415,9 Mk. gezahlt wurden während für die Familien der inhaftierten Redakteure gegen 1200 Mk. Unterstützung notwendig waren. In diesem Jahre sind für Prozeßkosten, vorunter namentlich Geldstrafen und Rechtsanwaltsgebühren zu rechnen sind, auch schon wieder 773,86 Mk. ausgegeben worden. Seit Anfang 1894 bis jetzt hat der Redakteur Hülle über zwölf Monate und der Redakteur Gildenberg 4½ Monate hinter Gefängnismauern schmachten müssen. — Bei der **Beerdigung eines Sozialdemokraten** auf dem Meindendorfer Friedhof wurde den Parteigenossen die Erlaubnis, am offenen Grabe sprechen zu dürfen, von der Behörde versagt. In der Behauptung selbst hatte der Reichstags-abgeordnete Stadthagen dem Verstorbenen einen Nachruf gewidmet. Trotz des Verbohs betrat ein Maurer aus Kummelsburg auf dem Kirchhof die Kistung der Gruft und sprach im Namen der Kummelsburger Genossen. Der Gendarm unterbrach die Rede, stellte den Namen des Sprechers fest, veranlaßte ihn, den Kirchhof zu verlassen und löste die Trauerversammlung auf. — Eine Versammlung der Berliner Pözer, welche Montag abend in einem Lokal der Deuthstraße tagte, wurde **aufgelöst**, als der Referent Wagner äußerte: „Wenn die Jugend, bevor sie des Königs Rod anzieht, genügend in die sozialistischen Ideen eingeweicht ist, dann sind wir weit genug.“ — Die Nr. 30 der **Halberstädter Sonntags-Zeitung** wurde wegen einer Notiz über den in Wernigerode ausgesprochenen Bildhauerstreik konfisziert.

Preßstimmen zu dem „Agrarprogramm“.

Der Sozialdemokrat:

Die in Köln ernannte Agrarkommission der Partei stand zunächst vor der mehr formellen Frage, ob sie ein für sich selbständiges agrarisches Programm entwerfen oder ob sie etwaige neue agrarische Forderungen in das Gesamtprogramm einarbeiten wollte. Sie entschied sich für den zweiten Weg. Freilich ist dadurch das Programm auf einen beängstigenden Umfang angeschwollen, und das etwas hängliche Gefühl, das schon der erste Ueberblick über die oben fett gedruckten Stellen weckt, wird nur noch verstärkt durch die sich sofort aufdrängende Erwägung, daß mit demselben Recht noch eine ganze Menge ähnlicher Wünsche für das Gebiet des städtisch-gewerblichen Lebens Aufnahme finden könnten. Wenn schon der Bau der ländlichen Gemeinde- und Kreisstraßen im Programm festgelegt werden soll, warum nicht ebenso gut der Bau der Stadt-, Ring und Nebenbahnen, der städtischen Wasserleitungen, der Beleuchtungs- und Kanalisationswerke? Wenn die staatliche Hilfeleistung bei Naturverheerungen, warum nicht das öffentliche Eingreifen bei Krisen und Notständen rein sozialer Natur? Wenn der Kredit für landwirtschaftliche Genossenschaften, warum nicht auch der für gewerbliche, warum nicht der für Konsumvereine und ähnliche? Die Pferdebahnen, Stadtbahnen, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke haben als Einnahmequellen, als Mittel der Lohn- und Einkommensbeeinflussung für das städtische Leben eine weit größere Bedeutung als die paar Reste von Gemeindeflächen für das platte Land; wenn das eine nicht fehlen darf, warum übergeht man das andere? Doch das sind schließlich nebensächliche Erwägungen, und im großen und ganzen wird man kaum anders verfahren können wie die Kommission, wenn man die landwirtschaftlichen Wünsche überhaupt ausführlich im Gesamtprogramm haben will.

Dagegen wird mancher überrascht sein, daß der Inhalt der neuen Forderungen soweit zurückbleibt hinter den Erwartungen, welche durch die feierliche oratorische Einführung und schließliche Einsetzung der Agrarkommission in Köln auf vielen Seiten entstehen mußten. Indes spricht das nur für die ruhige Ueberlegung und das kühle Verständnis der Kommission. Von der plötzlichen Begeisterung für den bäuerlichen Betrieb ist in den neuen Programmempfehlungen nichts mehr zu spüren; der alte Wunsch der Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden ist zwar aufgenommen, aber nicht — wie es in Bayern zum mindesten zweideutig hieß — „um der steigenden Bedrängung des landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebes entgegenzuwirken“. Ein „Vorkaufrecht“ der Gemeinden ist statuiert, aber die Gemeinden werden wohl kaum häufig in die Lage kommen, von diesem Recht Gebrauch zu machen, während die bayrischen Agrarier hier eine Pflicht der Gemeinde anerkannt sehen wollten. Die Gemeinde kann Grundstücke haben, wenn sie dasselbe bietet wie ein anderer Kaufstücker, das ist thatsächlich kaum etwas anderes, als was sie heute auch schon kann.

Hat sich die Kommission so von utopischen und sentimentalen Regungen im allgemeinen freigehalten, so merkt man ihren Beschlüssen doch immer noch die unerquidliche Zwangslage an, in die sie durch die kritischen Kölner Verhandlungen gebracht war — bekanntlich wurde in Köln die Debatte geschlossen, ehe sie eigentlich begonnen hatte.

Man fordert die Frankfurter Resolution „Bauernschutz“ und „Bandarbeiterschutz“. Mit dem letzteren konnte die Kommission schon gar nichts anfangen, denn er steht zur Genüge im Erfurter Programm. Hier beziehen sich demnach die Zusätze auch nur auf Nebensachen: auf die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung und auf Ausbehnung derselben auf alle in Lohn- und Dienstverhältnis stehende Personen — auf die Organisation von Landwirtschafts- neben den Arbeits-Kammern und -Kammern.

Doch die Kommission sollte auch die Bauerninteressen wahrnehmen — als selbstverständlich war natürlich hinzuzufügen: soweit diese Interessen mit denen der Arbeiterklasse nicht kollidieren. Gerade von diesem „Bauernschutz“ verspricht man sich mitunter am meisten; auch im Programmentwurf nimmt er den breitesten Raum ein. Unseres Erachtens hat jedoch das Ergebnis der Kommissionsberatungen schlagend dargehan, daß wir als Anwälte der Arbeiter und als ehrliche Politiker hierin niemals mit den bürgerlich-agrarischen Parteien zu konkurrieren

vermögen und daß wir mit unserer Faust und unserem Uebermut auf einem toten Strang festzufahren drohen. Die bürgerlichen Parteien können ganz andere Versprechungen machen wie wir, weil sie im Notfalle die Bauern mit Anweisungen auf die Taschen der Arbeiter in Stimmung erhalten und diese Anweisungen, wenn es ihnen sonst paßt, auch durch Exekution gegen die Vermögen der Armen betreiben lassen können; wir können das nicht, und darum bleiben wir mit den Forderungen unter 14 (Unterstützung der Genossenschaften), 15 und 16 (Hypothekenverstaatlichung, staatliche Versicherung, aber ohne Steuersubvention) hinter den antisemitisch-konservativen Agrariern zurück. Andere Punkte, wie die unter 7 (Hochschulen und Musteranstalten), 11 (Abolition aller Privilegien und behördlichen Funktionen des Grundbesitzes), 17,2 (Fugdrecht) sind alte gute Bekannte aus alter und neuer liberaler Zeit. Punkt 12 (Erhaltung der Almenden, Vorkaufrecht der Gemeinden) und Punkt 10 (Abolition der Grundsteuer) finden wir von jeher bei Bauernfreunden von antisemitisch-christlich-germanischer Mäßigkeit der Anschauungen. Nur Punkt 13, der die Selbstbewirtschaftung der Staats- und Gemeindeflächen in erste Linie stellt, ist weniger allgemein anerkannt; daß die Bauern für ihn schwärmen können, glauben wir freilich kaum. Im ganzen werden wir mit diesen Forderungen weber dem konservativen Agrariertum noch der liberalen Opposition, soweit diese auf dem Lande noch existiert, irgend eine Bauernseele abgewinnen können. Der in Bismarck gepredigte sozialistische Bauernschutz war, als Agitations-Zugmittel, von vornherein eine Totgeburt. Soweit wir das Land wirklich erobern können, werden wir es weiter mit dem alten Arbeiterprogramm thun müssen.

Aber verdienstlich war trotzdem die Anregung, einmal die agrarischen Forderungen auszuwählen, die wir unbeschadet der Klasseninteressen der Arbeiterklasse glauben unterstützen zu können. Die Agrarkommission hat sich hier vor zu weitgehenden Zugeständnissen zu hüten gesucht.

Technisches.

Eine Anstreichmaschine. Auch im Anstreichergewerbe taucht jetzt eine Maschine auf, die im Stande ist, eine Anzahl menschlicher Arbeitskräfte zu ersetzen. Es handelt sich um eine Anstreichmaschine, welche das Anstreichen von Häusern und andern großen Objekten schnell und exakt besorgt. Ein erster Aufsehen erregender Versuch wurde bereits anlässlich der Chicagoer Weltausstellung gemacht, indem man die Riesenflächen der Gebäude durch Anstreichen von Farbe bemalte. Diese Methode wurde weiter ausgebeutet, und nachdem bereits Londoner Firmen solche Anstreichapparate in den Handel gebracht haben, werden jetzt auch schon welche von einer namhaften deutschen Firma angefertigt. So wird auch im Anstreichergewerbe

durch die Entwicklung der Technik eine Revolution hervorgerufen, welche so mancher bisher für unmöglich gehalten hat. Auch diese Maschine trägt das Ihrige dazu bei, die Herannäherung der sozialistischen Organisation der Arbeit zu beschleunigen.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Krankenkasse „Erdkern“ hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Geschäftsbücher sind beschlagnahmt worden.

Altena. Sämtliche italienischen Arbeiter, die beim Bau der Zuelbede bei Altena i. B. beschäftigt sind, haben wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt.

Halle. Die freilebenden Bauarbeiter beschloßen, auf der Forderung von 40 Pfg. zu beharren, den Streik wie bisher fortzuführen und die Idee der Proklamierung eines Generalstreiks zur Zeit von der Hand zu weisen.

Eingefandt.

Vortrag des Herrn Dr. Völkel in der öffentlichen Versammlung am 29. Juli in der Ferkler Bierhalle über: „Was haben die Religionen bisher für Wahrheit, Freiheit und Recht getan?“ Er führte etwa folgendes aus: Die Kirche besitzt großes Eigentum, ohne Steuern zu bezahlen. Die Religion ist etwas Unfassbares. Es giebt keinen Gott. Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit sind alle Forderungen der verschiedenen Religionen, ohne auch nur von einer einzigen bis jetzt wirklich worden zu sein. Wahrheit ist nicht, Gerechtigkeit ist nicht, Freiheit ist das Leben; ohne Freiheit ist der Mensch tot. Diese drei Worte Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit bilden eine Einheit und sind von einander nicht zu trennen, ohne die Wohlfahrt des Menschen zu schädigen. Die christliche Kirche ist von dem römischen Kaiser Konstantin dem Großen gegründet worden. Die Religion wurde von ihm unterstüzt, um seinen Ehrgeiz als Weltbeherrscher zu befriedigen und zu erweitern. Karl der Große betrieb die Christen, um neue Länder zu erobern. Die Menschheit trägt ein Verlangen nach Aufklärung, ein Verlangen nach Wahrheit, Freiheit und Recht. Warum aus dies vorbehalten wird, ist bekannt. Wie die Gerechtigkeit geübt wird, sei den Kamerunern ausführlich beigebracht worden (der Redner meinte die Leisigen Heldenthaten). Reher werden nicht mehr verbraucht, aber man habe heute moderne Anstalten (Gefängnisse) für solche „Reher“ eingerichtet. Die Krüge wüten verheerend auf das Volk. Von Jugend an wird den Kindern gelehrt, daß alles viel Freiheit zum Verderben gereicht. Die Menschheit werde alles überwinden, das Alte müsse dem Neuen Platz machen. Gehe werden gemacht, um durch bessere wieder ersetzt zu werden. So wird die Menschheit schließlich doch über alles Schlechte den Sieg davontragen. Schreiende Ungerechtigkeit ist geübt worden, die Menschheit ist in Knechtschaft gefesselt, statt mehr Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit erhalten zu haben. Erst eine neue Weltanschauung wird der Menschheit Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit bringen.

Revue, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Das Berliner Volksbühnen-Ensemble wird bei seinem zweiten Erscheinen zahlreicher sein wie beim ersten. Bei den Vorstellungen des Arbeiter-Sängerbundes „Vollstimme“ von Jbsen und „Hildegard Scholl“ werden noch mitwirken: Lucy Gelhaar (Harmen), Franziska Weigel (Deutsches Theater), Ludwig Ruffig (Residenztheater), Georg Thies (Velle-Alliance-Theater), Adolf Halpern.

Das gewaltige und wirkliche Volksstück Jbsens, „Der Volksfeind“, wird nicht verfehlen, einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer zu machen, besonders in einer Darstellung, wie sie uns das Berliner Volksbühnen-Ensemble gewährleistet. Die Mitglieder mögen für einen zahlreichen Besuch der Vorstellungen thätig sein, damit die Dichtung Jbsens eine große Zuschauerzahl findet.

Groß-Ottersleben. Aktion, Mauerer! Sonnabend den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Strumpffabrik-Lokale hier eine öffentliche Mauererverversammlung statt, in der u. a. referiert wird über „Slaverei von einst und jetzt“ und die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation. Angesichts dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Mauerer, in dieser Versammlung zu erscheinen. Kollegen, seht Ihr denn nicht, daß die Lage schon wieder länger werden, wie lange noch, und der Winter ist da. Habt Ihr denn soviel verdient, daß Ihr nicht zu hungern braucht? Doch, aber, habt Ihr die Schulden vom vergangenen Winter schon bezahlt? Viele haben das nicht thun können und tragen trotzdem schweigend ihr trauriges Los. Mauerer! zeigt doch endlich einmal, daß Ihr gewillt seid, Eure Lage zu verbessern, kommt alle in die Versammlung und tretet unserer Kampforganisation bei!

Die zum Dienstag einberufene Gewerkschafts-Versammlung wurde wegen verspäteter Anmeldung von der Polizei untersagt. Dieselbe findet nun bestimmt am Mittwoch den 7. August in demselben Lokale mit derselben Tagesordnung statt.

Fermersleben, Salbe, Westerküchen. (Freie Religionsgesellschaft) Sonnabend, den 3. August, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Adolf Jausch zu Fermersleben Generalsversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Salbe. (Arbeiterbildungsverein) Sonntag, den 4. August, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Jausch zu Fermersleben, Mitglieder-versammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Geste sehr willkommen.

Freitag, den 2. August: Männer-Turnverein „Victoria“ Bennedend. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunden bei Gaskwitz Hoppe. Turn-Verein „Germania“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunden in „Grafs Garten“.

Öffentliche Versammlung der Sattler und Tapezierer in der Centralherberge, Kl. Klosterstr. 15/16. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Sonnabend, den 3. August: Kranken- und Begräbniskasse der deutschen Wagenbauer (Filiale Fermersleben). Abends 8 Uhr Versammlung in Jauschs Lokale. Demsdorfer Männer-Turn-Verein. Jeden Mittwoch und Sonnabend Übungsstunden von 1/9 bis 10 im „Deutschen Kaiser“.

Wasserstände.

	29. Juli	30. Juli	31. Juli	1. Aug.	2. Aug.
Außig	0.24	0.27	0.02	0.02	0.02
Dresden	1.40	1.42	0.08	0.08	0.08
Torgau	0.41	0.32	0.09	0.09	0.09
Wittenberg	1.16	1.06	0.10	0.10	0.10
Röhlau	0.66	0.65	0.01	0.01	0.01
Barby	0.81	0.80	0.01	0.01	0.01
Magdeburg	0.89	0.89	0.01	0.01	0.01
Tangermünde	1.24	1.26	0.02	0.02	0.02
Wittenberge	0.94	0.91	0.03	0.03	0.03
Damitz, Regel	0.35	0.34	0.01	0.01	0.01
Saunertal	0.58	0.55	0.03	0.03	0.03

Ausflug

der Sozialdemokraten Magdeburgs nach Friedrichslust
Sonntag, den 4. August, früh 1/2 6 Uhr.
Früh-Konzert, ausgeführt vom Freien Orchester-Verein unter persönlicher Leitung des Herrn Kilian.
Der Vertrauensmann.

Generalversammlung des Allgem. Arbeitervereins

für Magdeburg und Umgegend
am Dienstag, den 6. August, abends 8 Uhr
im Restaurant „Zur Gemüthlichkeit“, Fischlerkrugstraße 22.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Antrag mehrerer Mitglieder: den Allgemeinen Arbeiterverein aufzulösen. 3. Event. Renouvellement des Vorstandes.
Der nächste Tages-Ordnung wegen wird ein zeitlicher Beschluß erwartet.
Der Vorstand.

Versammlung des Vereins d. Handelshilfsarbeiter

am Sonntag, den 3. August, abends 9 1/2 Uhr
im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke No. 38.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Herrn Dr. Völkel über: Der Kapitalismus in der heutigen Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Beschluß.
Der Vorstand.

30 Kisten Käse mit Kümmel.
1271
A. H. Völker,
Zachstraße 5, Eckhaus der St. Marien-Kirche.
Gr. Schloßstraße 10, h. Eckhaus.

Möbel! Möbel!
L. Hellge,
Friedrichstraße 11.
Formenreihen. Ständer. Kleider-
Schrank. 1 Meter 5 Zoll, 11 Fuß
hoch, 24 Zoll breit, in der Höhe 2. Preis
120 Mark bei A. Feind.
323

Gefunden im Luisenpark:
Eine Bekantheit, ein Kuppelstuhl, 1 Tisch-
stuhl, ein Kastenstuhl (Kleiner). Ab-
zugeben bei Fr. Sch. Gumbert, Wilhelm-
straße Nr. 45

Wohnung
mit Balkon für 1. Etage über jetzt zu
vermieten. Preis 120 Mark, Friedrichstraße 8

Wohnung
mit Balkon für 1. Etage über jetzt zu
vermieten. Preis 120 Mark, Friedrichstraße 8

Victoria-Theater.
Freitag, den 2. August.
Gedrag für Herrn Carl Emil Pieper.
Herrn Weillinger.
Erscheint um 8 Uhr in 5 Uhr von Hof.

Fleisch-Offerte!
Garantiert reelle Ware.
Schmalz a Pfd. 65 Pfg.
Flomen 58
Ges. Hacken 68
Pökelfleisch 35
Rotwurst 55
Leberwurst 58
Sülze 55
Bratwurst 70
Hochachtungsvoll
Joh. Sass.
Die Verkaufsstelle ist nur Freitag, Sonnabend
und Sonntag geöffnet. 1252

Standesamt.
Magdeburg, den 31. Juli.
Aufgebot: Hilfsbolsch im Inf-
Regt. Nr. 27 Albert Krenndt in Halberstadt
mit Anna Feine hier. Anwaltlicher Richter
Kraus mit Anna Wendel hier. Tischler
Gustav Wirmann mit Johanne Steffens hier.
Ehe-schließungen: Former Arnold
Kraus hier mit Minna Schönefuß in Goh-
rensdorf. Schlosser August Dölle mit Ida
Kraus hier. Arbeiter Gustav Schmalstieg
mit Helene Anna Kalle geb. Daul hier.
Geburten: Maria, T. des Kaufman-
nes Gustav Bergan. Ehe, T. des
Bauersmanns Wilhelm Krenndt. Diebstahl, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Matthe, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Grebe, T.
des Kleinhändlers Johann Grebe. Gestand, T.
des Schmiedemeisters Friedrich Habelsch.
Willy, S. des Tapezierers Karl Habelsch.
Magdeburg, T. des Hauptkassiers Oswald
Krenndt.

Standesamt.
Magdeburg, den 31. Juli.
Aufgebot: Hilfsbolsch im Inf-
Regt. Nr. 27 Albert Krenndt in Halberstadt
mit Anna Feine hier. Anwaltlicher Richter
Kraus mit Anna Wendel hier. Tischler
Gustav Wirmann mit Johanne Steffens hier.
Ehe-schließungen: Former Arnold
Kraus hier mit Minna Schönefuß in Goh-
rensdorf. Schlosser August Dölle mit Ida
Kraus hier. Arbeiter Gustav Schmalstieg
mit Helene Anna Kalle geb. Daul hier.
Geburten: Maria, T. des Kaufman-
nes Gustav Bergan. Ehe, T. des
Bauersmanns Wilhelm Krenndt. Diebstahl, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Matthe, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Grebe, T.
des Kleinhändlers Johann Grebe. Gestand, T.
des Schmiedemeisters Friedrich Habelsch.
Willy, S. des Tapezierers Karl Habelsch.
Magdeburg, T. des Hauptkassiers Oswald
Krenndt.

Standesamt.
Magdeburg, den 31. Juli.
Aufgebot: Hilfsbolsch im Inf-
Regt. Nr. 27 Albert Krenndt in Halberstadt
mit Anna Feine hier. Anwaltlicher Richter
Kraus mit Anna Wendel hier. Tischler
Gustav Wirmann mit Johanne Steffens hier.
Ehe-schließungen: Former Arnold
Kraus hier mit Minna Schönefuß in Goh-
rensdorf. Schlosser August Dölle mit Ida
Kraus hier. Arbeiter Gustav Schmalstieg
mit Helene Anna Kalle geb. Daul hier.
Geburten: Maria, T. des Kaufman-
nes Gustav Bergan. Ehe, T. des
Bauersmanns Wilhelm Krenndt. Diebstahl, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Matthe, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Grebe, T.
des Kleinhändlers Johann Grebe. Gestand, T.
des Schmiedemeisters Friedrich Habelsch.
Willy, S. des Tapezierers Karl Habelsch.
Magdeburg, T. des Hauptkassiers Oswald
Krenndt.

Standesamt.
Magdeburg, den 31. Juli.
Aufgebot: Hilfsbolsch im Inf-
Regt. Nr. 27 Albert Krenndt in Halberstadt
mit Anna Feine hier. Anwaltlicher Richter
Kraus mit Anna Wendel hier. Tischler
Gustav Wirmann mit Johanne Steffens hier.
Ehe-schließungen: Former Arnold
Kraus hier mit Minna Schönefuß in Goh-
rensdorf. Schlosser August Dölle mit Ida
Kraus hier. Arbeiter Gustav Schmalstieg
mit Helene Anna Kalle geb. Daul hier.
Geburten: Maria, T. des Kaufman-
nes Gustav Bergan. Ehe, T. des
Bauersmanns Wilhelm Krenndt. Diebstahl, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Matthe, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Grebe, T.
des Kleinhändlers Johann Grebe. Gestand, T.
des Schmiedemeisters Friedrich Habelsch.
Willy, S. des Tapezierers Karl Habelsch.
Magdeburg, T. des Hauptkassiers Oswald
Krenndt.

Standesamt.
Magdeburg, den 31. Juli.
Aufgebot: Hilfsbolsch im Inf-
Regt. Nr. 27 Albert Krenndt in Halberstadt
mit Anna Feine hier. Anwaltlicher Richter
Kraus mit Anna Wendel hier. Tischler
Gustav Wirmann mit Johanne Steffens hier.
Ehe-schließungen: Former Arnold
Kraus hier mit Minna Schönefuß in Goh-
rensdorf. Schlosser August Dölle mit Ida
Kraus hier. Arbeiter Gustav Schmalstieg
mit Helene Anna Kalle geb. Daul hier.
Geburten: Maria, T. des Kaufman-
nes Gustav Bergan. Ehe, T. des
Bauersmanns Wilhelm Krenndt. Diebstahl, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Matthe, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Grebe, T.
des Kleinhändlers Johann Grebe. Gestand, T.
des Schmiedemeisters Friedrich Habelsch.
Willy, S. des Tapezierers Karl Habelsch.
Magdeburg, T. des Hauptkassiers Oswald
Krenndt.

Standesamt.
Magdeburg, den 31. Juli.
Aufgebot: Hilfsbolsch im Inf-
Regt. Nr. 27 Albert Krenndt in Halberstadt
mit Anna Feine hier. Anwaltlicher Richter
Kraus mit Anna Wendel hier. Tischler
Gustav Wirmann mit Johanne Steffens hier.
Ehe-schließungen: Former Arnold
Kraus hier mit Minna Schönefuß in Goh-
rensdorf. Schlosser August Dölle mit Ida
Kraus hier. Arbeiter Gustav Schmalstieg
mit Helene Anna Kalle geb. Daul hier.
Geburten: Maria, T. des Kaufman-
nes Gustav Bergan. Ehe, T. des
Bauersmanns Wilhelm Krenndt. Diebstahl, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Matthe, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Grebe, T.
des Kleinhändlers Johann Grebe. Gestand, T.
des Schmiedemeisters Friedrich Habelsch.
Willy, S. des Tapezierers Karl Habelsch.
Magdeburg, T. des Hauptkassiers Oswald
Krenndt.

Standesamt.
Magdeburg, den 31. Juli.
Aufgebot: Hilfsbolsch im Inf-
Regt. Nr. 27 Albert Krenndt in Halberstadt
mit Anna Feine hier. Anwaltlicher Richter
Kraus mit Anna Wendel hier. Tischler
Gustav Wirmann mit Johanne Steffens hier.
Ehe-schließungen: Former Arnold
Kraus hier mit Minna Schönefuß in Goh-
rensdorf. Schlosser August Dölle mit Ida
Kraus hier. Arbeiter Gustav Schmalstieg
mit Helene Anna Kalle geb. Daul hier.
Geburten: Maria, T. des Kaufman-
nes Gustav Bergan. Ehe, T. des
Bauersmanns Wilhelm Krenndt. Diebstahl, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Matthe, T.
des Kleinhändlers Karl Krenndt. Grebe, T.
des Kleinhändlers Johann Grebe. Gestand, T.
des Schmiedemeisters Friedrich Habelsch.
Willy, S. des Tapezierers Karl Habelsch.
Magdeburg, T. des Hauptkassiers Oswald
Krenndt.